

## **Antrag**

### **der Bundesregierung**

#### **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 1937 (2010) vom 30. August 2010 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 18. Mai 2011 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) bis zum 30. Juni 2012 zu. Die vorgesehenen Kräfte können bis zum 30. Juni 2012 eingesetzt werden, solange ein Mandat des VN-Sicherheitsrates und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen.
2. Der Einsatz wird fortgesetzt unter Fortgeltung der Regelungen der Beschlüsse der Bundesregierung vom 13. September 2006, 22. August 2007, 9. September 2008, 18. November 2009 und 2. Juni 2010, denen der Deutsche Bundestag am 20. September 2006 (Bundestagsdrucksache 16/2572), am 12. September 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6278), am 17. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10207), am 3. Dezember 2009 (Bundestagsdrucksache 17/40) und am 17. Juni 2010 (Bundestagsdrucksache 17/1905) zugestimmt hat. Die Zahl der maximal einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten beträgt 300. Während Kontingentwechseln darf die Personalobergrenze vorübergehend überschritten werden.
3. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an UNIFIL mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten über den 30. Juni 2011 hinaus bis zum 30. Juni 2012 werden rund 31,9 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2011 rund 15,7 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2012 rund 16,2 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Bundeshaushalt 2011 und im Eckwert für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2012 Vorsorge getroffen.

### **Begründung**

Seit der letzten Verlängerung des Bundestagsmandats für den UNIFIL-Einsatz im Juni 2010 ist die innenpolitische Situation im Libanon ruhig, aber nicht stabil geblieben. Die gesamte Situation in der Region ist angesichts der politischen Entwicklungen latent angespannt. UNIFIL hat die ihr zugewiesenen Aufgaben erfolgreich erfüllt, der Flottenverband (Maritime Task Force, MTF) hat an der Seegrenze des Libanon wiederum wesentlich dazu beigetragen.

UNIFIL leistet einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen den Parteien und damit der Region als Ganzes. Nur UNIFIL bietet einen von beiden Seiten anerkannten Rahmen für direkte Kontakte zwischen

Israel und Libanon zur Klärung und Deeskalation, wie die Behandlung des Grenzzwischenfalls am 3. August 2010 gezeigt hat. Die Einschätzung der Mission als Stabilitätsanker und Versicherung gegen eine regionale Destabilisierung wird von Jerusalem bis Beirut geteilt. Dies gilt ebenfalls für den UNIFIL-Flottenverband (Maritime Task Force, MTF).

Um das bisher Erreichte zu konsolidieren, wird es auch in Zukunft eines starken internationalen Engagements bedürfen. Der Aufbau der libanesischen Streitkräfte hat dabei große Bedeutung. In seinem letzten Fortschrittsbericht vom 28. Februar 2011 zur Umsetzung von Resolution 1701 (2006) bedankt sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen ausdrücklich bei den Nationen, die zur Ausbildung der libanesischen Streitkräfte einschließlich der Marine beigetragen haben. Er hält jedoch fest, dass es trotz der zu verzeichnenden Fortschritte verstärkter Anstrengungen in diesem Bereich bedürfe, um die libanesischen Kräfte in die Lage zu versetzen, größere Verantwortung beim Schutz der seeseitigen Grenzen zu übernehmen. Bereits in seinem Schreiben an den Sicherheitsrat zur Evaluierung der Mission vom 16. Februar 2010 hatte der Generalsekretär der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, dass die Mission in ihrer gegenwärtigen Konfiguration nicht unbegrenzt fortgesetzt werden könne.

Deutschland hat ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten und ist daher seit Beginn an der maritimen Komponente von UNIFIL beteiligt. Die erfolgreiche Implementierung der Resolution 1701 (2006) ist ein wichtiges Element zur Vermeidung erneuter bewaffneter Auseinandersetzungen und zur Stärkung der Souveränität und Stabilität des Libanon. Die innenpolitische Lage im Libanon ist bislang zwar relativ stabil, aber mit erhöhten Risiken verbunden. Die Regierungsbildung zieht sich seit drei Monaten ohne Ergebnisse hin. Auch die Lage in Syrien könnte destabilisierend wirken. Der designierte Ministerpräsident Nadschib Mikati hat mehrmals, zuletzt gegenüber der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton am 16. Februar 2011 versichert, dass der Libanon allen seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen wird.

Israel legt weiterhin größten Wert auf eine deutsche Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband. Auch die libanesische Seite erwartet weiterhin die deutsche Beteiligung. Von Seiten der für friedenserhaltende Maßnahmen zuständigen Abteilung des Sekretariats der Vereinten Nationen wurde großes Interesse an einer fortgesetzten deutschen Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband bekundet.

Um diesen Wünschen zu entsprechen und zugleich dazu beizutragen, die Empfehlungen des VN-Generalsekretärs aus seinem letzten Fortschrittsbericht umzusetzen, soll das Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung an der maritimen Komponente von UNIFIL um zwölf Monate bis zum 30. Juni 2012 verlängert werden. Das Mandat wird weiterhin im Schwerpunkt auf eine Stärkung der Anstrengungen bei der Ausbildung mit dem Ziel der Unterstützung eines Aufwuchses der maritimen libanesischen Kapazitäten zielen und so die Perspektive einer Beendigung des Einsatzes eröffnen.

Die personelle Obergrenze von 300 Soldatinnen und Soldaten für die deutsche Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband wird belassen. Dies erlaubt in Verbindung mit der Möglichkeit der zeitlich befristeten Überschreitung der Obergrenze während Kontingentwechseln, alle im Rahmen des Mandats vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen.

Die Bundesregierung engagiert sich ergänzend zur Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband auf bilateraler Basis an der Ausstattung, Ausbildung und somit dem Aufbau der in Teilbereichen bereits fortgeschrittenen libanesischen maritimen Streitkräfte. Neben der vom Auswärtigen Amt finanzierten materiellen Hilfe, u. a. durch Bereitstellung von drei Booten, von Schiffssicherungs- und Werkstattausstattungen sowie durch die Finanzierung und Unterstützung beim Wiederauf- und Ausbau der Küstenradarorganisation sowie der Installation und Inbetriebnahme einer Navigations- und Radarübungsanlage an der libanesi-

schen Marineschule, hat die Deutsche Marine durch umfangreiche bilaterale Ausbildungshilfe zum Fähigkeitenaufbau der maritimen libanesischen Streitkräfte beigetragen. Derzeit werden drei weitere Küstenradarstationen gebaut, die voraussichtlich im Sommer 2011 fertiggestellt werden. Somit wurde eine Gesamtzahl von neun Küstenradarstationen aus Mitteln der Bundesregierung finanziert. Darüber hinaus werden seit Beginn 2011 mit einem Planungshorizont bis 2015 jährlich zwei libanesische Kadetten in die Regelausbildung deutscher Marineoffizieranwärter integriert.

Die Fähigkeit zur selbständigen Kontrolle der libanesischen Seegrenzen ist in Teilbereichen bereits heute vorhanden. Mit der wieder aufgebauten und erweiterten Küstenradarorganisation kann der Libanon seine Hoheitsgewässer und deren Vorfeld grundsätzlich selbst überwachen. Es bestehen jedoch noch Lücken bei den Fähigkeiten zur Verdichtung von Aufklärungsergebnissen auf See sowie insbesondere zur durchgreifenden Kontrolle von Seefahrzeugen unter allen Bedingungen innerhalb der eigenen Hoheitsgewässer, die es zu schließen gilt. Die verbleibenden Defizite liegen insbesondere im Bereich der materiellen Einsatzbereitschaft und der Einsatzfähigkeit bei ungünstigen Wetterverhältnissen. Dies gründet im Wesentlichen in den mangelnden Wartungs- und Instandsetzungsmöglichkeiten sowie den fehlenden materiellen und finanziellen Ressourcen. Der UNIFIL-Flottenverband ist daher, auch zur Unterstützung beim fortzusetzenden Aufbau dieser libanesischen Kapazitäten, weiterhin erforderlich. Um die libanesischen Ausstattungslücken zu schließen, bedarf es weit intensiverer Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur materiellen Unterstützung des Libanon und zur Ausbildung an überlassenem Material als bisher. Auch der VN-Generalsekretär fordert dazu in seinem periodischen Fortschrittsbericht vom 28. Februar 2011 zur Umsetzung der Resolution 1701 (2006) auf.

Sobald die maritimen libanesischen Streitkräfte mit den entsprechenden Mitteln und ausgebildeten, nachhaltig durchhaltefähigen Kräften ausgestattet sind und den Schutz der seeseitigen Grenzen eigenverantwortlich übernehmen können oder die Aufrechterhaltung des deutschen Beitrages zum UNIFIL-Flottenverband nicht mehr geboten ist, soll die deutsche Beteiligung an der maritimen Komponente von UNIFIL beendet werden. Um dieses Ziel durch konkrete Schritte erreichen zu können, müssen die libanesischen Partner auch weiterhin stärker mit in die Verantwortung genommen werden.

Wichtigster Partner für UNIFIL und auch für die deutsche Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband bleiben die libanesischen Streitkräfte. Die Bundeswehr wird sich bei der verstärkten Unterstützung des libanesischen Fähigkeitenaufbaus eng mit den libanesischen Streitkräften abstimmen. Gleichzeitig wird die Bundesregierung gegenüber ihren libanesischen Partnern deutlich machen, dass der Libanon selbst die Verantwortung dafür trägt, den erforderlichen Fähigkeitenaufbau seiner Streitkräfte voranzutreiben und zu strukturieren sowie diese Fähigkeiten zu erhalten.

Grundsätzlich könnten bei entsprechenden Ersuchen der libanesischen Regierung auch jenseits der Ausbildung im Einsatz zum Erhalt und zur Festigung bestehender Fähigkeiten mit weiteren bilateralen Maßnahmen individuelle militärische Grundlagenkenntnisse verbessert werden, z. B. durch weitere Lehrgänge für Einzelpersonen in Deutschland oder im Libanon. Prinzipiell denkbar wären auch befristete Beratungs- und Unterstützungsprojekte, die sich auf die Verbesserung der Strukturen sowie der Wartungs- und Instandsetzungsfähigkeiten der libanesischen maritimen Streitkräfte richten. Die Ausgestaltung dieser Projekte würde eine enge Abstimmung mit den libanesischen Partnern voraussetzen, um ihre Akzeptanz und Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Im Rahmen ihres vernetzten Ansatzes wird die Bundesregierung auch künftig verstärkt den libanesischen Fähigkeitenaufbau fördern, indem sie die Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband in ein umfassendes Engagement für den Liba-

non und die Region einbettet, das auch politische, wirtschaftliche und sozio-ökonomische Maßnahmen umfasst.

So finanziert die Bundesregierung mit Mitteln der zivilen Krisenprävention Beratungsmaßnahmen zur Gestaltung des nationalen Dialogs, der unter Leitung des Staatspräsidenten Perspektiven für eine Landesverteidigung ausschließlich unter staatlicher Hoheit und gemeinsame Standpunkte zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes entwickeln soll.

Zum Wiederaufbau des im Sommer 2007 zerstörten Flüchtlingslagers Nahr el-Bared leistet die Bundesregierung aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit und der zivilen Krisenprävention ebenfalls wesentliche Beiträge. Sie trägt dadurch zur Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Flüchtlinge bei.

Experten der Bundespolizei und des Zolls beraten seit September 2006 die zuständigen libanesischen Behörden in Fragen der Grenzsicherheit mit finanzieller Unterstützung aus Mitteln des Auswärtigen Amts. Sie sind am Flughafen Beirut, an den Seehäfen und der Nordgrenze zu Syrien beratend tätig. Die Beratertätigkeit ist mit entsprechender Ausbildungs- und technischer Ausstattungshilfe durch die Bundespolizei und den Zoll verbunden.

Gemeinsam mit anderen Gebern beteiligten sich das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern seit 2007 gemeinsam an einem Pilotprojekt zur Implementierung eines integrierten Grenzmanagements sowie der Optimierung der zwischenbehördlichen Kooperation, Koordination und Kommunikation der libanesischen Sicherheitsbehörden an der Nordgrenze des Landes. 2010 wurde seitens des Libanon eine „Nationale Grenzstrategie“ formuliert und dem damaligen Präsidenten des Ministerrates der Libanesischen Republik Saad Rafik Hariri vorgelegt. Die Verabschiedung dieser wichtigen Arbeitsgrundlage durch Regierung und Parlament scheiterte bislang aus unterschiedlichen Gründen und ist auch in der nahen Zukunft nicht zu erwarten. Die Bundesregierung prüft zu gegebener Zeit ihre weitere Beteiligung.

Das Bundesministerium der Finanzen und das Finanzministerium der Libanesischen Republik haben am 25. August 2009 ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung von Zollpersonal geschlossen. Mit der Entsendung von Kurzzeitexperten im Rahmen der Umsetzung jährlicher Arbeitsprogramme und einer periodisch wiederkehrenden Beratung durch einen hochrangigen Beamten des deutschen Zolls wird die libanesische Zollverwaltung weiterhin unterstützt und die bisherigen Leistungen an den Libanon, einschließlich der gelieferten Ausstattungshilfe, werden nachhaltig sichergestellt.

Seit der vorübergehenden Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit dem Libanon im Jahr 2006 wurden 76,5 Mio. Euro für den Wiederaufbau des Landes bereitgestellt. Eine letzte Zusage ist 2011 geplant (7 Mio. Euro). Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat sich beim Wiederaufbau auf die Rehabilitation der Wasser- und Abwasserinfrastruktur insbesondere in den Krisenregionen Südlibanons und in der nordlibanesischen Grenzregion konzentriert. Über einen Umweltfonds werden Maßnahmen zur Rehabilitation von kriegsbedingten Umweltschäden finanziert. Zudem wurden 35 beschädigte Berufsschulen rehabilitiert und berufliche Bildung unter Einbeziehung der Privatwirtschaft gefördert. Seit 2009 entsenden die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) e. V. im Rahmen des vom BMZ finanzierten Zivilen Friedensdienstes Friedensfachkräfte nach Libanon, die staatliche und zivilgesellschaftliche Initiativen für innerlibanesische Versöhnungsprozesse unterstützen.

Die Bundesregierung fördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts auch Projekte des humanitären Minen- und Kampfmittelräumens.